

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 1 Mark
oder durch die Post bezogen, vierteljährlich 3 Mark

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl
Vertraut 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742 .: Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:
Die einseitige Colonettelle oder deren Raum 20 Hfg.
von auswärts 25 Hfg. im Anklamerteil 75 Hfg.

Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanzanzeigen 25 Hfg.

Nr. 175

Donnerstag, 21. August 1919

22. Jahrgang

Es geht nicht mehr anders

Von unserem volkswirtschaftlichen Vertreter wird uns
geschrieben:

Tag für Tag hören wir von den betreffenden Stellen besorgniserregende Schilderungen über unsere geradezu trostlose Wirtschaftslage. Wir vernahmen da mit vollem Recht, daß jede Stunde, in welcher die Hände feiern, in welcher insbesondere die Förderung des Rohstoffes ruht, zu unermesslichem Schaden für die Volksgesamtheit auslagern kann. Und mitten in diese erschütternden Ruhe bringt neuer Streiklärm. Das ober-schlesische Kohlenrevier befindet sich wieder in Aufruhr, und eine Bewegung ist erneut in Gang gebracht, die unter wirtschaftlichem Deckmantel die machtpolitischen Ziele der Kommunisten einen Schritt näher ihrer Verwirklichung führen soll.

Wir haben an dieser Stelle wahrlich oft genug unser vollstes Verständnis für die Wünsche der Arbeiterschaft, ihr Eintreten den jetzigen Verhältnissen gegenüber anzupassen, und ihre gesamte Lage den dringenden Forderungen der Zeit anzupassen, bekundet. Wir haben insbesondere für die am schwersten arbeitende Schicht, die Bergarbeiter, das denkbar weitest Entgegenkommen befürwortet. Es muß aber nun andererseits auch gefordert werden, daß die Arbeitswilligen den Gang zur Arbeit nicht zu verweigern brauchen, weil sie sich nicht in die Gefahr des Totschlags begeben wollen. Es muß endlich einmal auf das Schärffste gegenüber dem Terror einer Minderheit eingeschritten werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß eine Handvoll Aufwiegler, die ganze deutsche Volksgemeinschaft in steter Unruhe halten und die Volkswirtschaft nachgerade einer furchtbaren Katastrophe entgegenreiben. Es handelt sich bei der jetzigen Bewegung in Oberschlesien wie bei den meisten derartigen Bewegungen vorher durchaus nicht um Fragen sozialer Natur. Sie werden nur vorgeschützt, um die Massen, die leider noch vielfach von wenigen Schreibern sich leiten lassen, als Sturmtruppen für die politischen und parteipolitischen Ziele zu gewinnen. In Wahrheit ist diesen Treibern an dem Wohl und Wehe der Arbeiter nichts gelegen, denn sie wissen selbst sehr gut, daß auch noch so erhebliche Lohnaufbesserungen in Wirklichkeit den Arbeitern überhaupt nichts nützen. Was Scheinbar an Zulage gewonnen wird, muß mit ein Mehrfaches für die durch Streikbewegungen folglich wieder anziehenden Lebensmittelerhöhungen ausgegeben werden. Jede Streikbewegung hat nachweisbar eine Steigerung der Preise im Inlande und ein Fallen der deutschen Mark und der deutschen Währung im Auslande, damit aber wiederum ein gewaltiges Anziehen der Kosten für die aus dem Auslande notwendigen Lebensmittel zur Folge gehabt. Jeder Streik schwächt unsere Widerstandskraft nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Gerade diese Wirkung aber ist von einer furchtbaren Tragweite, weil

wir bei unserer jetzigen Lage auf die Mitarbeit und vor allem auf den Kredit des Auslandes angewiesen sind. Dieser Kredit aber sinkt mit jedem Streiktag. Das Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Kraft geht immer mehr verloren, man hält in der Kreditbewilligung und in der Warenausgabe zurück und die Folge ist eine ungeheure Entwertung des Geldes im Ausland, dafür aber eine maßlose Steigerung der Preise im Inlande. So befinden wir uns infolge der andauernden Streikbewegungen in einem furchterlichen Ring, aus dem es keinen Ausweg mehr gibt, wenn nicht unter Anspannung aller Kräfte endlich einmal die Klammern gelöst werden.

Es geht nicht mehr ohne gezieltes Eingreifen! Der Streik war als soziales Druckmittel für die Arbeiterschaft solange eine berechtigte wirtschaftliche Waffe, als die Arbeiterschaft von einer entscheidenden Mitwirkung an den politischen und wirtschaftlichen Geschäften des Staates ausgeschlossen war. Diese Verhältnisse haben sich aber nun von Grund auf geändert. Jeder Streik, den die Arbeiter heute unternehmen, richtet sich im Grunde gegen ihre eigene Machtstellung im Staate, gegen die Regierenden, die aus ihren Reihen hervorgegangen sind, und gegen ihre eigene politische und wirtschaftliche Existenz. Nachdem die Streikbewegungen in die Betriebe des Landes, und zwar nicht nur in das Eisenbahn- und Verkehrsweesen, sondern auch in die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und Lebensmittelindustrie hineingetragen ist, hat die Allgemeinheit, deren Rechte die Regierung zu schützen hat, ein dringendes Interesse daran, daß mit Mitteln der legalen Staatsgewalt allen unberechtigten Forderungen des Wirtschaftslebens entgegengetreten wird. Wir haben es oft von radikaler Arbeiterseite hören müssen, daß die sozialpolitischen Verhältnisse in Australien vorbildlich seien. Nun hat aber Australien fast gar keine Streikbewegungen und das kommt daher, daß man dort ein Streikgesetz hat. Dieses verpflichtet die Arbeiter vor Eintritt in einen Streik, ein Schiedsgericht anzurufen, dessen Spruch unbedingt abzuwarten ist. Selbst wenn der Schiedsspruch gefällt ist und er den Streikwilligen nicht passen sollte, dürfen sie nicht sofort in den Ausstand treten. Es muß vielmehr eine 14tägige Frist eingehalten werden, während deren die Öffentlichkeit zu den Streikfragen Stellung nehmen soll. Die gleiche Regelung gilt für Neu-Seeland. Dort ist es infolge der oben bezeichneten gesetzlichen Regelung in einem Zeitraum von 18 Jahren nicht zu einem Streik gekommen.

Die Unabhängigen und Kommunisten, die so sehr nach dem bolschewistischen Rußland blicken und dessen Regime für mustergültig und nachahmenswürdig betrachten, müßten darauf hingewiesen werden, daß das sowjetische Rußland vor kurzem ebenfalls ein Gesetz erlassen hat, welches unberechtigte Streiks aber auch Arbeitsstreik streng bestraft. Die gleichen Maßnahmen hatte die ungarische Räteregierung getroffen.

Auch bei uns in Deutschland geht es nicht länger ohne ein Streikgesetz. Die Vorbedingung ist ein Arbeitsgesetz. Die Arbeitspflicht ist zwar bei uns ausgesprochen, aber es mangelt an den gesetzlichen Mitteln, diese Pflicht gegenüber Staat und Volk zu garantieren. Die Verwüstungen im deutschen Wirtschaftsleben durch Arbeitsstreik und Arbeitsverweigerung sind schon heute so furchtbarer Art, daß mit weitreichenden Gegenmaßnahmen nicht mehr länger gewartet werden kann.

Von der bauerlichen Gemeinschaft

Wenn ich mir ein Bauerndorf einmal besinnlich ansehe, so habe ich bald heraus, daß es in seiner ganzen Bauart eine Einheit darstellt. Die Vorfahren, die das Dorf einmal in altersgrauer Zeit gegründet haben, hatten es ohne viel Ueberlegung und Disput im Gefühl, daß es so sein müsse, daß ihr Dorf einen Schwerpunkt, einen Mittelpunkt haben müsse, darum sich die Häuser lagerten, darum sich aber auch die Gesinnung der Dorfgemeinschaft gruppierte. Der Mittelpunkt des Dorfes bildet die Kirche. Sie ist das Gemeinschaftshaus der Dorffamilie, sie gehört allen und keinem, sie gehört der Gemeinschaft an und dem Herrgott. Das war im Heidentum schon nicht anders; ja schon zu einer Zeit, als sie noch keine Tempel bauten, hatten sie einen heiligen Baum, eine Eiche oder eine Linde, oder auch einen heiligen Berg mit einer Opferstätte, das war der Mittelpunkt der Gemeinschaft. Auch wo die Bauern nicht in geschlossenen Dörfern, sondern auf einzelnen Höfen wohnen, wie in manchen Gegenden des Westfalenlandes, da haben sie einen religiösen Mittelpunkt, da wissen sie sich geeinigt im Höchsten und Tiefsten, was es für Menschen gibt, in Andacht, Ergriffenheit, kurz: in Religion. Das kann gar nicht anders sein, das ist bei allen Menschen und Völkern aller Zeiten so gewesen, und wird auch wohl so bleiben, wo immer das Bedürfnis nach Gemeinschaft besteht. Dem Heidentum ist das Christentum gefolgt; die Sehnsucht, das Bedürfnis nach der religiösen Gemeinschaft sind dieselben geblieben.

So haben sie sich allezeit empfunden als Schicksalsgemeinschaft, als Gottesgemeinschaft, als religiöse Gemeinschaft. Der Glaube mit seinen religiösen Vorstellungen ist zwar unendlich verschieden und mannigfaltig gewesen: im Heidentum erst grausig und barbarisch, dann phantastisch oder spukhaft-dämonisch, im Christentum lichtfreundlicher; es bietet seinen Bekenntnern die reinsten und lautersten religiösen Vorstellungen und muntert sie auf zur höchsten und edelsten Form des Gemeinschaftslebens, indem es die tatkräftige, hingebende Liebe aller an alle zur heiligen sittlichen Pflicht, nicht bloß gegen Menschen, sondern gegen Gott, den Richter der Lebendigen und der Toten, erhebt.

Die Erinnerung jeglicher Lebensgemeinschaft muß von der Erneuerung solchen Gemeinschaftslebens, solcher Ergriffenheit der Solidarverantwortlichkeit aller für alle ih-

Für immer vereint.

Roman von Doris Frein v. Spätgen.

47

Diese Festigkeit des Entschlusses schien Brand nicht erwarten zu haben. Zweifel und Bestürzung mischten sich in seinem offenen Gesicht. Endlich sagte er zögernd: „Ich habe mir nie erlaubt, mich in Ihre Angelegenheiten zu mischen, noch viel weniger, Ihnen jemals einen Rat erteilen zu wollen, Herr Professor. Wenn Sie aber einmal, das erste Mal, die Bitte — die Warnung eines Menschen beachten wollten, der sich verpflichtet glaubt, Ihnen einen guten Rat zu geben, dann würde ich das als einen beglückenden Vertrauensbeweis ansehen.“ Leonberg freute sich über die Worte über der Brust und erwiderte ausmitleidend: „Bitte, sprechen Sie sich ruhig aus, Moritz.“

Brand atmete schwer. „Wenn Sie jetzt fortgehen, jetzt ... verlassen, Herr Professor, dann könnte man das als Flucht auffassen; dann läge das so aus, als ob Sie nicht den Mut besäßen, den gegen Sie erhobenen Angriffen stand zu halten, Ihren Widersachern frei die Seiten zu bieten. Das ganze Gesicht von Segnern und Feinden würde triumphieren, und sich eines erregten Sieges freuen. Selbst diejenigen, die Ihnen einst freundlich gesinnt waren, ziehen mit an dem Strick, der Ihnen in aller Stille um den Hals gelegt worden ist, Herr Professor, wie man zu sagen pflegt. Nein, um Gotteswillen, nein, Sie dürfen nicht fort, um Ihrer selbst, um unsers, ja um aller derer willen, die Ihnen in Treue und Verehrung ergeben sind, Herr Professor. Gerade auch die Majestäten, die Baronin von Lohing, die Oberhofmeisterin —“

„Was ist mit der Oberhofmeisterin?“
„Eine Bittwelle schoß Leonberg ins Gesicht.“
„Man ist Ihnen am Hofe sehr wohlgesinnt, Herr Professor. Erst heute, als von des Königs Erkrankung die Rede war, erzählte mir ein Kollege, daß —“ Brand vernahm nicht zu vollenden — Hofmann kam wie ein Befehlener ins Zimmer gestürzt und meldete atemlos: „Seine Exzellenz, der Herr Geheimen Obermedizinalrat haben soeben angeordnet und telephoniert, daß Ihre Majestät die Königin den Herrn Professor aufs Schloß befehlen, um seiner Exzellenz bei der Be-

handlung Seiner Majestät zur Seite zu stehen. Das königliche Automobil wird sogleich zur Stelle sein.“

Leonberg verharrte unbeweglich auf seinem Platz. Nur ein leises Zucken der Augenbraunen verriet seine innere Bewegung.

Brand aber war wie elektrisiert aufgesprungen und mit dem Jubelruf: „Ja, ja, wir kommen, Sie sind ein Prachtwerk, Hofmann!“ schob er den schmunzelnden alten Mann zur Tür hinaus.

Gleich einem Laufener ging die Kunde durch die Stadt: „Der König ist außer Gefahr!“ Und wenn noch ein Skeptiker dieser Volkstaste Zweifel und Unglauben entgegensetzte, so mußte ihn die nachstehende Zeitungsnacht beruhigen, die tags darauf in den Morgenblättern erschien: „Königliches Schloß, den 11. November 19... abends 8 Uhr. Im Befehl des Seiner Majestät des Königs ist abermals eine erhebliche Wendung zum Besseren eingetreten. Die Temperatur ist befriedigend, die Nahrungsaufnahme ausreichend. Bei anhaltender Kräftigung dürfte der hohe Patient bereits am morgigen Tage in der Lage sein, zum ersten Mal für eine Stunde das Bett zu verlassen. Bulletin werden nicht mehr ausgegeben. Gezeichnet: Geh. Ober-Medizinalrat von Klausthal. Dr. Helbig, Professor von Leonberg.“

Acht Tage waren seit jener Mittagsstunde vergangen, in der Leonberg auf Wunsch Ihrer Majestät ins Schloß gerufen worden war. Er hatte zunächst gar keine Gelegenheit gefunden, der hohen Frau für die ihm zuteil gewordene Auszeichnung zu danken; die Königin selbst hatte ihn nur mit halbvollem Kopfnicken begrüßt, so ausschließlich beschäftigt sie alle die Sorge um den hohen Kranken. Ihre Majestät namentlich war unermüdlich und wollte sich nicht die geringste Schöpfung auflegen, so lange auch nur ein Schatten von Gefahr für das Leben des Königs bestand.

Da brachte endlich die Abendpost ein kurzes, aber sehr liebenswürdig gehaltenes Billet der Oberhofmeisterin, mit dem Bescheid, daß Ihre Majestät den Herrn Professor am Vormittag des nächsten Tages ins Schloß zu sprechen wünsche.

Es war ein kalter, klarer November-Sonntag. Die Glocken läuteten, und in Scharen strömten die Andächtigen aus den Kirchen zum Dankgottesdienst. Was zunächst die Zeitungen

gemeldet und dann die Glocken verkündet, das dankte nun auch der Priester dem allmächtigen Gott: der König geneset!

Als Leonberg in die Gemächer der Königin geführt wurde und einen Augenblick wartend vor den herrlichen Gemälden stand, zog auch ihm ein festerlicher Sonntagsfriede durch die Brust und um seine Lippen schwebte ein beinahe stolzes, glückliches Lächeln. Dabei war ihm das Gedächtnis sich näherender Schritte entgangen.

Als er aufblickte, sah er sich plötzlich der Königin gegenüber. Sie bot ihm halbvoll lächelnd die Hand.

„So habe ich es mir gedacht,“ sagte sie nach der ersten, zerebralen Begrüßung. „Bisher konnte ich Sie nie allein sprechen, lieber Professor; aber hier in meinem Heim ist, denke ich, nachdem wir die Schrecken der Krankheit hinter uns haben, der rechte Ort, sich einmal anzuplaudern.“

Sie deutete mit der Hand auf einen Sessel und nahm selbst auf einem kleinen Sofa Platz. Aus ihren milden, blauen Augen schaute sie freundlich in Leonbergs aufleuchtendes Gesicht.

„Ich habe vor allem für einen ganz außerordentlichen Beweis Ihrer Guld zu danken, Majestät,“ begann er.

„Sie? O nein, Herr Professor! Der Dank ist ganz auf meiner Seite. Als ich Sie vor acht Tagen bitten ließ, folgte ich einer plötzlichen Eingebung und es hat mich außerordentlich gefreut, daß ich mit dieser Eingebung nicht fehlgegangen bin. Nein, wirklich, Herr Professor, ich habe Sie am Krankenbett meines Mannes oft beobachtet, und immer mehr die Ueberzeugung gewonnen, daß von Ihrer Seite Hilfe so nur.“

Majestäten sind zu göttlich. Seine Pflichten erfüllen, einem hohen, großen Ziele entgegenstreben, Hilfe, Trost spenden, und vor allen Dingen mit den Leidenden Mitleid haben, das ist das große Geheimnis der ärztlichen Kunst; darin liegt unsere eigentliche Befriedigung. Um so größer die Freude, wenn wir mit diesen Eigenschaften da, wo es am meisten nützt, auch Erfolg gehabt haben.“

Seine Worte klangen einfach und ohne jede Ueberhebung; die Königin nickte beifällig. Sie schien überhaupt ein gewisses Wohlgefallen an der Unterhaltung mit dem berühmten Arzte zu finden.

245.20

ren Ausgang nehmen. Ohne dies ohne den lebendigen Geist des Christentums ist eine Erneuerung gar nicht denkbar.

Wie kann eine Familie geeinigt sein und Lebensgemeinschaft sein, wenn jedes ihrer Glieder seine eignen Wege sucht und auf eigne Faust Geld verdienen und etwas vom Leben haben will! Wie kann eine Gemeinde eine Einheit sein, wenn jeder seiner eignen Nase nachgeht und bloß an seine eignen, höchstens noch an seine Familieninteressen denkt, wenn er keine Gemeinschaftsorgen auf sich nehmen will und keine Verantwortung fürs Ganze kennt! Da mag der einzelne ein noch so tüchtiger Bauer, ein noch so gerissener Geschäftsmann sein: über kurz oder lang muß er die bittere Erfahrung machen, daß er die Gemeinschaft gestört, nein zerstört hat und mit der Gemeinschaft sich selbst. Das muß besonders der Bauer empfinden, der doch noch Zukunft in sich hat, der nicht aus der Hand in den Mund leben kann, der in Kindern und Kindeskindern weiterleben und weiterwachsen möchte auf der erbten Scholle. Mag der städtische Kaufmann oder der Unternehmer, der die Konjunktur ausnützt und dann weiterlebt wie ein umherschweifender Nomade, — ich sage: mag er vielleicht für die Gemeinschaft keinen Sinn haben, mag er Abbau oder auch Raubbau treiben an Bodenschätzen und an Menschen und am Gemeinschaftsleben: der Bauer kann es nicht und darf es nicht. Er besitzt die „heilige Scholle“, er muß Zukunfts- und Ewigkeitsinn in sich haben.

Zum Frieden Das Friedensabkommen.

Der belgische Senat behandelte das Friedensabkommen. Senator Lafontaine besprach das Abkommen eingehend, und zwar vom pazifistischen Standpunkte aus. Er erklärte, daß eine allgemeine Abrüstung dringend notwendig sei und bedauerte, daß die Völkerverfassung diese Abrüstung nicht erwähnt. Die Kosten des jetzigen Krieges sollten über alle Staaten, die Mitglied des Völkerbundes seien, nach dem Maßstabe ihres nationalen Reichtums verteilt werden.

Der Verkehr mit dem unbefetzten Gebiet

Die Waffenstillstandskommission teilt mit: Die neue Regelung über den Verkehr zwischen dem besetzten und unbefetzten Gebiete erfolgt nach Beschluß der interalliierten Konferenz in Wiesbaden am 9. August folgendermaßen:

1. Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, wohnhaft im unbefetzten Deutschland, erhalten Einreiseerlaubnis für das besetzte Gebiet mittels eines deutschen Passes, der mit einem Visum der Verbandsmilitärbehörde der Besatzungsarmee versehen ist.
2. Angehörige der Verbandsmächte können im unbefetzten Deutschland einreisen mit einem Erlaubnischein, der durch die Militärbehörde des Verbandes der besetzten Zone ihres Einreiseortes ausgestellt und mit einem Visum von der deutschen Zivilbehörde versehen ist.
3. Für Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, die sich vom besetzten ins unbefetzte Deutschland begeben wollen, genügt ein Ausweis der militärischen Behörde der Besatzungsarmee.
4. Beiderseits der Grenzen sollen Passbüros eingerichtet werden, und zwar militärische der Armee der Verbündeten im besetzten, bürgerliche im unbefetzten Deutschland. Ihre Einrichtung ist für die genannten Städte geplant; im besetzten Deutschland: belgische Zone Neuf, englische Zone Köln, amerikanische Zone Koblenz, französische Zone Mainz, Ludwigshafen, Landau; im unbefetzten Deutschland: belgische und englische Zone Düsseldorf; amerikanische Zone Limburg; französische Zone Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe.
5. Zwischen den entsprechenden Stellen im besetzten und unbefetzten Deutschland wird zum Zwecke der Passabermittlung eine Automobilverbindung eingerichtet werden.
6. Reisen von deutschen aktiven Militärpersonen in das besetzte Deutschland haben in Zivil zu erfolgen.
7. Für Abgeordnete der besetzten Gebiete werden Personalausweise mit dreimonatiger Gültigkeit ausgestellt. Für Reisen deutscher Beamten ins besetzte Gebiet zur Ausübung ihres Dienstes sollen vorläufig ausgestellt Spezialausweise ausgegeben werden. Durch Vermittlung der Waffenstillstandskommission ist umgehend das Notwendige zu veranlassen und das Datum der Einrichtung des bürgerlichen Passbüros des unbefetzten Deutschlands mitzuteilen.

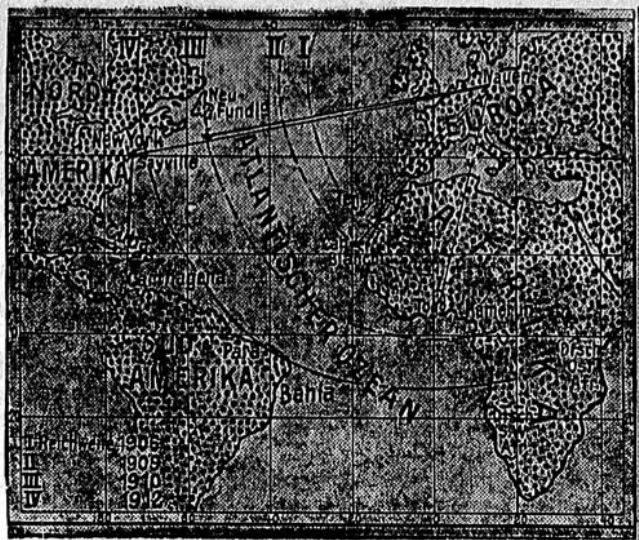
Wieviele Gefangene kehren heim?

Genau läßt sich darauf nicht antworten. Nach Schätzungen, die ein wenigstens einigermaßen richtiges Bild geben, entfallen nach einem Bericht der Vossischen Zeitung auf Belgien rund 60 000, auf England 80 000, Frankreich 592 500, Italien 6000, Rumänien 6000, Serbien 10. bis 20 000 und Sibirien 20. bis 30 000 deutsche Kriegsgefangene. Dazu kommen in England etwa 30 000, Frankreich 500 und Sibirien 10 000 deutsche Zivilgefangene. Italien hat die deutschen Zivilgefangenen aus der Internierung bereits entlassen.

Die 592 500 Kriegsgefangenen in Frankreich sind in französischer, englischer und amerikanischer Gewalt. Für Wiederherstellungswarbeiten werden rund 230 000 Kriegsgefangene verwendet, der Rest befindet sich in Lagern. England stimmte der Heimführung der in Holland internierten deutschen Zivilgefangenen zu und zeigte sich auch bei Entlassung schwerverwundeter und kranker Kriegsgefangener entgegenkommend.

Zur Befreiung der Kriegsgefangenen.

In Weimar fand eine interfraktionelle Besprechung statt, bei der Vertreterinnen aus allen Teilen Deutschlands



Zur Wiederaufnahme des Funkverkehrs zwischen Amerika und Deutschland.

Die Wiederaufnahme des Funkverkehrs wird wenn auch nach dem Friedensvertrag drei Monate lang politische Nachrichten garnicht, Handelsnachrichten nur unter Ententezensur verbreitet werden dürfen, für Presse und Handel allergrößte Bedeutung erlangen, da er das einzige direkte Verkehrsmittel ist. Die Station Nauen sowohl als auch Sayville auf Long Island bei New York, gehören der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie. (Sitz in Berlin). Sayville steht in wechselseitigem Verkehr mit der Funkstation Carthage und mit Nauen. Die Entfernung nach Carthage beträgt 3500 km, die nach Nauen 6400 km. Unsere Abbildung veranschaulicht eine Übersichtskarte der Reichweiten der Nauen Station.

von dem neugegründeten Bund deutscher Frauen zur Befreiung unserer Gefangenen, den Abgeordneten der Nationalversammlung ihre Wünsche und Bestrebungen vorzutragen und sie um weitgehendste Unterstützung der auch schon von der Regierung entgegengenommenen Forderungen bitten.

Die vertretenen Mitglieder aller Parteien zum Teil selbst Angehörige oder zurückgekehrte Gefangene versicherten den Frauen vorbehaltlos, daß die Regierung in dieser Sache alles, was in ihrer Macht stünde, getan habe, daß jede Partei ihr ganzes Interesse und ihren ganzen Einfluß dafür einsetze. Ebenso würde keine Partei sich dem heutigen Appell und in Zukunft versagen.

Eingeleitete Untersuchungen.

Nach Mitteilungen des Exzeßors aus Lille ist dort eine Untersuchung eingeleitet worden gegen die beiden Militärgouverneure während der deutschen Besetzung, Generale v. Heinrich und v. Grävenitz, außerdem gegen den deutschen Polizeichef Hummel.

Unsere Kohlenlieferungen.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, entspricht die französische Preismeldung, daß die Kohlenlieferungen an den Verband begonnen hätten, nicht den Tatsachen. Bisher ist in den noch schwebenden Verhandlungen über die Kohlenlieferungen kein Einvernehmen erzielt worden; irgendwelche Lieferungen sind bis jetzt nicht erfolgt.

Deutschland und Italien.

Das deutsche Reichspostministerium hat ein amtliches Telegramm an das italienische Ministerium für Post und Telegraphie gesandt, in dem es ankündigt, daß der direkte Dienst auf der Linie Berlin-Mailand wieder aufgenommen ist. Dies stellt die erste amtliche Wiederanknüpfung der Korrespondenz zwischen den deutschen und italienischen Behörden dar.

Die Räumung Litauens und Kurlands.

Die deutsche Regierung hat an die Verbandsmächte folgende Note gerichtet: „Die Räumung Litauens südlich des Njemen hat am 14. August mit dem Abtransport der Reichswehrbrigade 28 in Willkowskij begonnen. Die geplante Räumung wird voraussichtlich am 2. September beendet sein.“

Deutsches Reich

Wieder empor aus dem Elend.

Eine Unterredung mit Ministerpräsident Bauer.

Ein Sonderkorrespondent des Haager Vaterland hatte in Weimar eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Baue r. Auf die Frage, ob das deutsche Volk sich aus dem jetzigen Elend wieder emporarbeiten werde, antwortete der Ministerpräsident: Ich glaube das bestimmt; zwar werden wir noch einen schlimmen und kalten Winter durchzumachen haben, aber die Ernte ist gut, und es werden nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch einige Genussmittel eingeführt, was für die allgemeine Stimmung von großer Bedeutung ist. Die fehlende Ergänzung an Kohlen muß durch eine ausgiebige Verwendung der Wasserkraft des Landes gut gemacht werden. Wahrscheinlich werden wir die ganze Bewirtschaftung und Triebkraft der Eisenbahnen aus dieser Wasserenergie schöpfen können. Auf die Frage, ob eine Verbrüderung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen in absehbarer Zeit möglich sein werde, sagte der Ministerpräsident: Nein; denn die Unabhängigen führen eine Politik und arbeiten so mit anarchoistischen Elementen zusammen, daß wir, die wir auf demokratischer Grundlage stehen, uns dagegen mit allen Mitteln wehren müssen. Der Korrespondent fragte weiter, ob der Ministerpräsident in den gegenwärtigen Zuständen und Unruhen und in der spartanischen Kürzungen bewachte Versuche der Gegenrevolutionäre erblicke, durch dieses Chaos zur Herrschaft zu gelangen. Bauer antwortete verneinend.

Der 9-Milliardentredit genehmigt.

Die Nationalversammlung hat Mittwoch in erster und zweiter Lesung die Vorlage betreffend eine Anleihe in Höhe von neun Milliarden angenommen. Nach Beschluß des Ausschusses soll diese Anleihe als Prämienanleihe aufgelegt werden. Ferner verabschiedete die Nationalversammlung in zweiter und dritter Lesung die beiden Ermächtigungsgesetze zum Friedensvertrag.

Der Staatsgerichtshof kommt

Der Verfassungsausschuß hat die Bildung eines außerordentlichen Staatsgerichtshofes abgelehnt und sich für die sofortige Bildung des ordentlichen Staatsgerichtshofes auf Grund der Verfassung entschieden. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Nationalversammlung ersucht, einen Untersuchungsausschuß von 26 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch Erhebung aller Beweise festzustellen, welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlauf herbeigeführt haben. Besonders soll festgestellt werden, ob Möglichkeiten während des Krieges vorhanden waren, zu Friedensbestrebungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind.

Die Postgesetze

wurden in zweiter und dritter Beratung in der Nationalversammlung erledigt.

Zum Gesetz über die Postgebühren wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Bis zum 1. Januar 1920 die Einführung des Einlokalpakets unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gewichtshöchstgrenze für Drucksachen und Geschäftspapiere auf 500 Gramm vorzunehmen; 2. tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle Porto- und Gebührenfreiheiten aufgehoben werden und das Portoablosungsverfahren beseitigt wird.

Zum Telegraphen- und Fernspreckgebührengesetz wurde das Verlangen nach einem Gesetzentwurf geäußert, durch den die Verordnung vom 2. Juni 1877 über die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen aufgehoben wird.

Annahme des Erbschaftssteuergesetzes

Die Nationalversammlung hat Mittwoch vormittags das Erbschaftsteuergesetz nach längerer Aussprache gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Die bevorstehenden Verkehrsbeschränkungen.

Die Meldung über bevorstehende starke Verkehrsbeschränkungen wird von der Deutschen Allgemeinen Zeitung insoweit abgeschwächt, als behauptet wird, daß bestimmte Termine und Prozentsätze für den Fortfall von Zügen noch nicht festgelegt worden seien und die Eisenbahnverwaltung nicht daran denke, den Reiseseinzwang wieder einzuführen. Im übrigen bestätigt aber das Blatt, daß der Schnellzugsverkehr von den bevorstehenden Einschränkungsmaßnahmen in erster Reihe betroffen werden würde.

Vom Befinden des Kaisers.

Das Handelsblad meldet: Der frühere deutsche Kaiser hat sich wieder erholt und er bewegt sich wieder außerhalb des Schlosses. Insbesondere macht er mit seinem Gastgeber Ritte in die Umgebung.

Keine Abschiedsbanne für den Kaiser.

Die Freiheit, das Berliner Organ der Unabhängigen, bringt in ihrer Mittwoch Morgen Ausgabe eine Meldung aus Weimar, wonach der preußische Finanzminister Dr. Südekum, in der letzten Sitzung des preußischen Kabinetts eine Vorlage eingebracht habe, durch die dem früheren Kaiser Wilhelm für die ihm durch den unfreiwilligen Thronverzicht entgangene Zivilliste als Abfindung 170 Millionen Mark ausgehändigt werden sollen. Das Blatt fügt hinzu, daß fast alle Minister, der Vorlage zugestimmt hätten und daß nur infolge des Widerspruchs des Landwirtschaftsministers Braun ein endgültiger Kabinettsbeschluß noch nicht zustande gekommen sei.

Wie die R. V. an zuständiger Stelle erfährt, ist diese Meldung von Anfang bis zu Ende erfunden. Der Finanzminister Dr. Südekum hat eine solche oder ähnliche Vorlage überhaupt nicht eingebracht.

Bayerns Treue zum Reich.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Nach Pressmeldungen beipricht der Temps angebliche Pläne für die Schaffung eines großen katholischen Staates in Mitteleuropa. Man will hierbei auch auf die Hilfe Bayerns rechnen, das sich jedenfalls vom Deutschen Reich lösen werde. Es erübrigt sich, gegenüber derartigen Meldungen festzustellen, daß alle etwaigen Versuche, Bayern zum Trennbruch gegen das Reich zu bewegen, von vornherein für immer aussichtslos sind.

Abtritt des bayerischen Militärministers.

Die Münchner Neuesten Nachrichten melden: Im Zusammenhang mit der Neuordnung des deutschen Militärs wird der bayerische Militärminister noch in diesem Monat zurücktreten.

Strafverfahren gegen Helfferich wegen Beleidigung Erzbergers

Auf Antrag des Reichsministers der Finanzen ist dem Reichsministerium der Justiz bereits am 16. d. Mts. mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich eingeleiteten Strafverfahrens wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger beauftragt worden.

Ausland

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die deutsch-polnischen Verhandlungen im Hinblick auf die Vorgänge in Oberschlesien bis auf weiteres ausgesetzt worden. Man hofft auf deutscher Seite jedoch, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, sie wieder aufzunehmen.

Ein Seegefecht vor Kronstadt.

Sonntagabend kam es zwischen britischen und holländischen Kriegsschiffen im finnischen Golf zu einem Seegefecht. Dabei wurde das russische Schlachtschiff Andrej Perwoswanni und der Schlachtkreuzer Petropawlowsk sowie ein Transportdampfer und ein Wachtschiff versenkt. Die Briten verloren drei Motorboote, acht Offiziere und drei Mann.

Ein Angriff auf Kronstadt.

Montag nacht haben britische Flugzeuge und Motorboote Kronstadt angegriffen. Die Batterien der Festung beantworteten das Feuer. Die verstärkte britische Flotte in der Nähe von Kronstadt zusammengezogen. Kronstadt steht in Flammen.

Republik Tirol.

Der Tiroler Landtag hat sich ohne Vorbehalt für die republikanische Staatsverfassung ausgesprochen. Der Landtag erklärte sich ferner gegen die Einführung der Mätereigenschaft.

Unruhen in Bulgarien.

Die Daily Mail meldet, daß in Sofia blutige Kämpfe stattgefunden hätten, zwischen radikalen Elementen und Regierungstruppen. Vor dem königlichen Schloß sei es zu Rundgebeten gekommen. Man hätte den Rücktritt des Königs Boris und die Ausrufung der Republik verlangt.

Gegen den Erzherzog Joseph.

Nach langen Erörterungen ist bei den maßgebenden Persönlichkeiten die Auffassung durchgedrungen, daß Erzherzog Joseph keine genügende Sicherheit für ein demokratisches Regime zu bieten vermag.

Die Mitglieder der Szegediner Regierung weigerten sich deshalb, in das Kabinett einzutreten, weil auch sie die Verwerfung des Erzherzogs mit Rücksicht auf die Stimmung in den Entente-Kreisen als unzumutbar erachteten. Die Banken haben es abgelehnt, der neuen ungarischen Regierung Kredit zu gewähren, was die Lage des Erzherzogs noch schwieriger gestaltet.

In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß der Erzherzog Joseph unter einem Druck von außen her noch vor den Wahlen zurücktreten werde, um den Sozialdemokraten die Teilnahme an der Regierung zu ermöglichen.

Erste Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko.

Der zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko über die Anordnungen von Amerika in Mexiko gewechselte Notenaustausch hat die Lage zwischen beiden Ländern sehr gespannt. Mexiko ist zwar gewillt, die Ordnung aufrecht zu erhalten, jedoch bezweifelt man in Washington, ob es hierzu in der Lage ist, weshalb man die Entsendung amerikanischer Truppen zur Besetzung Mexiko in Erwägung zieht.

Kleine politische Nachrichten

Die vom Kriegsministerium angestellten Ermittlungen wegen Anrechnung des Jahres 1919 als Kriegsjahr stehen kurz vor ihrem Abschluß. Veröffentlichung eines Erlasses erfolgt demnächst.

Die Neue Rotterdamsche Courant meldet aus Brüssel, daß Belgien als Besatzungstruppen zwei Divisionen, eine Kavalleriebrigade und schwere Artillerie im Rheinland belassen wird.

Nach Meldungen aus Brüssel wird als Ergebnis der Reise des italienischen Ministers des Äußern Tittoni nach Brüssel Belgien von jetzt an Italien monatlich 50 000 Tonnen Kohlen liefern.

Das englische Parlament ist bis zum 22. Oktober in die Ferien gegangen.

Das englische Oberhaus hat die Gesetzesvorlage gegen die Preistreiber in dritter Lesung angenommen.

Die Friedenskonferenz hat nach der Pariser Ausgabe der Daily Mail Portugal gestattet, wieder geschäftliche Verbindungen mit Deutschland anzuknüpfen.

Die französischen Blätter veröffentlichen Telegramme aus Bukarest, nach denen der rumänische Kronprinz Carol nunmehr endgültig auf den Thron verzichtet habe.

Das australische Einwanderungsgesetz soll demnächst abgeändert werden, daß alle Personen feindlicher Herkunft und Nationalität für die Dauer von fünf Jahren nicht nach Australien zugelassen werden dürfen. Ein Antrag ist bereits eingebracht worden.

Die Unruhen im Reiche

Gebesserte Lage in Oberschlesien.

Nach den jetzt vorliegenden neuesten Nachrichten ist in Oberschlesien eine bemerkenswerte Besserung der Lage eingetreten. Der Abbruch des Generalstreiks hat bereits begonnen, die Arbeit ist zum Teil wieder aufgenommen.

Die Lage in Oberschlesien gestaltet sich, wie man hört, weiter günstig. Bis auf kleine Reste der polnischen Insurgenten südlich von Beuthen und südwestlich von Ratiboritz ist das verlorene Gebiet wieder in der Hand der Kruppen, die auch die zurückgebliebenen Reste alsbald zerschlagen wollen. Im Bezirk Beuthen arbeiten bereits wieder 50 v. H. der Arbeiter, im Bezirk Ratiboritz arbeitet auf Angesehen Werken die ganze Belegschaft.

Die Kohlennot der Eisenbahn

Da die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien infolge des neuerlichen allgemeinen Streiks völlig aufgehört hat, ist, wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau von Freitag, den 22., an vorübergehend gänzlich eingestellt werden müsse, um den Güterverkehr und vor allem die Beförderung der Lebensmittel aufrechtzuerhalten.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Die Zwangsbewirtschaftung der neuen Kartoffelernte.

Dem Vernehmen nach werden von verschiedenen Seiten große Anläufe von Herbstkartoffeln aus der neuen Ernte getätigt. Wie wiederholt von maßgebender Seite erklärt wurde, ist damit zu rechnen, daß, wie in den Vorjahren, so auch in diesem Jahre eine Zwangsbewirtschaftung der Kartoffelernte erfolgt. Durch die Zwangsbewirtschaftung wird die Erfüllung der geschlossenen Verträge unmöglich werden; es muß daher vor dem Abschluß solcher Verträge gewarnt werden.

Getreidenot in Bayern.

Die gegenwärtige Lage der Brotgetreideversorgung Bayerns ist trübselig. Während man vergangenes Jahr in Bayern um diese Zeit schon über den Berg war, steht heute noch das Schwerkorn bevor. Von Mai an stößt der Ankauf von Getreide vollkommen.

Zum Schlachtverbot.

Zur Schonung der Viehbestände im besetzten Gebiet hatte die Reichsregierung angeregt, ein Schlachtverbot für etwa vier Wochen zu erlassen. Dagegen wenden sich mehrere Kommunalverbände mit dem Hinweis, daß ein derartiges Verbot für einen beschränkten Gebietsteil nur die Abwanderung des Viehes in das nicht geschützte Gebiet zur Folge haben würde. Ein Schlachtverbot sei an sich zu begrüßen, wenn es auf das ganze Reich ausgedehnt werde. Das Rheinland mit seiner geringen Fleischproduktion könne allein nicht auf seine Schlachtungen verzichten, zumal die Viehbelieferung aus den ihm zugewiesenen Gebieten mit pünktlicher Regelmäßigkeit ausbleibe.

Aus der Partei

Der Reichsparteitag des Zentrums.

Auf der Delegiertentagung der märkischen Zentrums-Partei hat nach einem Bericht der Germania Herr Abg. Dr. Pfeiffer mitgeteilt, daß der Reichsparteitag des Zentrums in der Zeit vom 11.—13. Oktober in Berlin abgehalten werden soll. Wie der C. P. C. von zuständiger Stelle indes mitgeteilt wird, ist noch kein Beschluß darüber gefaßt worden, wo und wann der Zentrumsparteitag stattfinden soll, wenn auch manches dafür spräche, daß er nach Berlin einberufen würde. Es steht zunächst noch nicht einmal fest, wer zu dem Parteitag einzuladen ist. Dazu bedarf es vor allem der Ausarbeitung eines Statutes, die aber infolge der Arbeitsfülle in der Deutschen Nationalversammlung für die maßgebenden Instanzen bislang nicht möglich war. Es kann darum als völlig ausgeschlossen gelten, daß der allgemeine Zentrumsparteitag bereits in der ersten Hälfte des Monats Oktober stattfinden kann.

Rheinland und Westfalen

* Köln: Stadtverordnetenwahlen am 5. Oktober. Die „R. V.“ meldet: Die Verfassungskommission des Stadtverordnetenkollegiums hat gestern mit der Festsetzung des Termins für die Stadtratswahlen beschäftigt und vorbehaltlich der Zustimmung des Plenums in der morgigen Sitzung beschlossen, die Neuwahlen für Sonntag, den 5. Oktober anzusetzen. Die Listen werden offengelegt in der Woche zwischen dem 7. und 13. September in 29 Lokalen. Von der Zufassung besonderer Wahl-einladungen wird abgesehen. Jeder Wähler und jede Wählerin muß sich durch Vorzeigung des Personalausweises legitimieren.

* Bonn: Tanzvergnügen im Landkreis. Auf Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Köln bleiben die aus Anlaß des Krieges getroffenen Bestimmungen über die Abhaltung öffentlicher Tanzveranstaltungen vorläufig in Kraft. Den Anträgen auf Genehmigung solcher Tanzveranstaltungen wird daher grundsätzlich die Genehmigung nicht erteilt. In besonders begründeten Fällen — Kirmessen, Wohltätigkeitsveranstaltungen — werden Ausnahmen, die in jedem Falle die Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten bedürfen, zugelassen. Für die vor-ersehenen Fälle sind Anträge rechtzeitig bei dem für den Tanzort zuständigen Bürgermeisterrat zu stellen. Die Veranstaltung und Abhaltung öffentlicher Tanzvergnügen ohne die erwähnte Genehmigung ist strafbar. Eine Milderung dieser Bestimmungen steht nach endgültiger Ratifizierung des Friedensvertrages zu erwarten.

* Coblenz: Eine mutige und edle Tat vollführte der 12-jährige Joseph Gerhartz von Metternich. Der Junge befand sich auf dem eiförmigsten Grundstück an der Mosel, als er Hilferufe von einem dort habenden amerikanischen Soldaten hörte. Er warf schnell seine Kleider ab, sprang ins Wasser und schwamm auf den Soldaten zu, der nur noch geringe Bewegungen mit den Armen machte. Mit Aufbietung aller Kräfte brachte er den Mann dem diesseitigen Ufer zu. Die Beine des Soldaten waren ganz steif, scheinbar durch Krämpfe. Der Junge rief so lange, bis der Mann wieder bewegte und nach Hause gehen konnte. Tränenreich dankte der amerikanische Soldat dem jugendlichen Helden für seine edle Tat.

* Gelsenkirchen: Ein Raubmord wurde an der Ehefrau des Bureaubeamten Ernst Kottgen verübt.

Der Täter, ein etwa 28 Jahre alter Bursche, wurde vermutlich bei einem Diebstahl von der Frau überrascht und hat diese überfallen und durch Messerstiche getötet. Mit seinem Raube ist er geflüchtet.

Brühl und Umgebung

Brühl, 21. August.

+ Revelaer-Wallfahrt. Die Besprechungen mit der Eisenbahndirektion bez. Pilgerzuges haben zu folgenden Resultate geführt: Am Sonntag den 24. August können die Wallfahrer, die in Brühl einsteigen, den Zug 6,23 und 7,15 Uhr ab Brühl benutzen. Diese beiden Züge nehmen auch in Kallseuren Pilger auf. Köln ab 8,20 und Revelaer an 10,41. Die Rückfahrt von Revelaer erfolgt am Montag nachmittag 3,26 Uhr. Die Pilger treffen gegen 8 Uhr wieder in Brühl ein. Da eine Preisermäßigung nicht in Frage kommt, ist es dem Teilnehmern an der Prozession freigestellt, eine Fahrkarte 3. oder 4. Klasse zu lösen. Der Preis für die Hin- und Rückfahrt beträgt für die 4. Klasse 6,80 Mark, für die 3. Klasse 11 M., und für die 2. Klasse 18 M. Die Fahrkarten können schon heute bei Herrn Bernh. Bier, Markt in Empfang genommen werden. Die Personalausweise werden bis Freitag morgen 10 Uhr zum Abstemmen angenommen.

+ Der Kartoffelvorrat der Stadt Brühl war in der letzten Zeit sehr gering. Vorgestern wurde nun eine Wagenladung Kartoffeln auf dem hiesigen Güterbahnhof beschlagnahmt und heute kam ein zweiter Wagen für die Stadt Brühl an. Dadurch ist dem Uebelstand vorläufig wieder abgeholfen.

+ Die Barfreimachung von Postsendungen wird, wie halbamtlich mitgeteilt wird, im Reichspostgebiet eingeführt werden. Die neue Einrichtung wird namentlich die Auflieferung von Massenpostsendungen erleichtern und gleichzeitig der Postbehörde eine wesentliche Einsparnis durch den Fortfall der Freimarken bringen.

+ Einreisegenehmigung für Studenten. Wie die „Vol. Parl. Nachr.“ erfahren, hat Marschall Joch sein Einverständnis damit erklärt, daß Studenten, die sich studienhalber auf dem rechten Rheinufer aufhalten, Einreisegenehmigung erhalten, um ihre Ferien bei ihren Familien verleben zu können. Gesuche um solche Einreisegenehmigungen sind nicht an die Waffenstillstandskommission zu richten, sondern an die Abschnittskommandeure der betreffenden Zonen.

+ Die Erinnerungsbriefmarken nur im Inlandsverkehr gültig. Es sei daran erinnert, daß die neuen Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung nur für den Inlandsverkehr herausgegeben sind, für Sendungen nach dem Ausland also keine Gültigkeit haben. Im Ausland werden dann auch, wie man hört, mit derartigen Marken freigemachte Postsendungen mit „Strasporto“ belegt, das in Anbetracht des niedrigen Standes unserer Währung in deutschem Gelde ein gar nicht unbedeutendes Summchen ausmachen kann. Wenn man dem Empfänger derartige unnötige Kosten ersparen will, denke man an die oben erwähnte Bestimmung.

+ Berzdorf, 21. August. Unfall. Ein Junge veruchte am Rade herauf auf eine Karre zu klettern, als das Pferd anzog und der Junge mit einem Fuße unter das Rad geriet. Die erlittenen Quetschungen waren derart, daß man ihn sofort zum Arzt schaffen mußte.

Wesseling, 21. August.

+ Wallfahrt nach Revelaer. Am 13. September findet von hier aus eine Wallfahrt nach Revelaer statt. Von Geldern ab Fußprozession! Der Fahrpreis beträgt ab Wesseling etwa 11 Mark. Anmeldungen nehmen bis Sonntag den 24. August entgegen: Joh. Degehhardt, Johann Engels und Johann Fritzen, Hauptstraße.

+ Kleinwohnungswesen. Das frühere alte Kloster ist, nachdem es im Kriege als Quartier der hier lagernden Verwundeten-Kompagnie gedient hatte und später von den Besatzungstruppen belegt wurde, nunmehr umgebaut und zu Kleinwohnungen eingerichtet worden. Verschiedene Familien haben die Wohnungen bereits bezogen und in den zu jeder Wohnung gehörigen vier Zimmern ein ganz netter Verbleib.

Aus aller Welt

Besseres Bier in Bayern?

Wie dem „Tägl. Corr.“ von sonst gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll in Bayern vom 1. Oktober an eine stärkere Gerstenguteilung an die Brauereien erfolgen, so daß neben dem Dünnbier in beschränktem Ausmaße stärkeres (6-prozentiges) Bier hergestellt werden kann. Der Bitterpreis wird sich auf das mehr als Dreifache der Vorkriegszeit, nämlich auf mindestens 80 Pfennig, einen für bayrische Verhältnisse unerhörten Preis, stellen.

Morgennabe

Schon sind wir der Sonne nah' —
Ob auch kaum sein Schimmer da,
Doch es läßt der Tag sich spüren.
Kühle weht im leisen Wind,
Schauernd sich die Wipfel rühren,
Neubelebt die Halme sind.

Aus den Büschen rings hervor
Schallt der Vögelin erster Chor,
Sonst kein Laut, das Herz zu mahnen,
Überall noch tiefe Ruh' —
Grau'n des Tages, welch' ein Ahnen,
Morgen, welch' Gefühl bist du!

Martin Greif.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Weinheimer.
Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

